Haltung der UWB zur Frage der Ansiedlung der Fa. Edelmann (Offsetdruckerei) in der Wasserschutzzone III des Wasserwerks Hitdorf

- Information der Bezirksregierung Köln vor Durchführung des internen Abstimmungsverfahrens

Bei der Ansiedlung der Fa. Edelmann ist neben allgemeinen baulichen Tätigkeiten zwischen der Errichtung von HBV-Anlagen (Offsetdruckerei) und der LAU-Anlage zur Lagerung wassergefährdender Stoffe außerhalb des Bereichs der HBV-Anlage zu unterscheiden.

Bei der nachfolgenden Einschätzung wird die von der Fa. Edelmann eingereichte Produktionsskizze einschl. der Anlage zum Inhalt des Gefahrstofflagers sowie die rechtsanwaltlichen Ausführungen der Einschätzung zu Grunde gelegt.

Die Fa. Edelmann hat zwei Alternativen zur Beurteilung vorgelegt, wobei sie die Alternative A (Standort einer LAU-Anlage im WSG III, 14-tägiger Belieferungsrhythmus) aus wirtschaftlichen Gründen bevorzugt.

1. Errichtung eines Gebäudes zur Aufnahme des Druckereibetriebs:

Die bauliche Anlage bedarf eines wasserbehördlichen Genehmigungsverfahrens entsprechend Punkt II 6. (Bauliche Anlagen) und II 4. (Abwasseranlagen) der Anlage 1 der WasserschutzgebietsVO und erscheint bei Einhaltung der Regeln der Technik grundsätzlich genehmigungsfähig.

2. HBV-Anlage und zugehöriger Bereitstellungsraum von Druck- und Reinigungsmaterialien für die Tages- bzw. Chargenproduktion:

Eine derartige Anlage erscheint grundsätzlich genehmigungsfähig, wenn alle erforderlichen Nachweise zur Sicherheit und zur Rückhaltung wassergefährdender Stoffe, auch im Brandfall, im Genehmigungsverfahren erbracht werden.

Bezug genommen wird auf III 2a der Anlage zur WasserschutzgebietsVO Leverkusen-Hitdorf. Der Unterpunkt III 9a, Errichten wassergefährlicher Anlagen, wird beim Offsetdruckverfahren nicht als einschlägig angesehen; der Verbotstatbestand greift nicht.

3. LAU-Anlage zur Lagerung wassergefährdender Stoffe einschl. des Abfalls aus der Reinigung der Druckanlagen und der Lagerung pastöser Farbreste aus dem Druckvorgang zur späteren erneuten Verwendung (Alternativvorschlag A):

Zur Entscheidung wird auf Punkt III 1a der Anlage zur WasserschutzgebietsVO (Errichten von LAU-Anlagen) Bezug genommen.

Die Lagermenge erreicht keinen so erheblichen Umfang wie seinerzeit beim NRW-Lager des Drogeriemarkts Rossmann (benachbarte Halle), stellt jedoch für sich genommen eine grundsätzlich nicht in der Wasserschutzzone III erwünschte Anlage dar (Verbotstatbestand aufgrund des Wassergefährdungspotentials). Das Verbot gilt unabhängig von einer Mengenschwelle.

Gleichwohl ist der Inhalt des skizzierten Befreiungsantrags zu prüfen und hinsichtlich einer sachgerechten Einschätzung zu bewerten.

Befreiung gem. § 52 Abs. 1 S. 2 WHG:

Eine Befreiung kann bei Beachtung der wichtigsten Voraussetzung nur dann erteilt werden, wenn der Schutzzweck der Verordnung nicht gefährdet wird. Geschützt wird hier die öffentliche Wasserversorgung, die im Rechtsregime, wie auch in höchstrichterlichen Urteilen, einen überragenden Schutz genießt. Denn § 48 Abs. 2 WHG (alte WHG-Fassung wortgleich in §34 Abs. 2) fordert für die Lagerung wassergefährdender Stoffe, dass durch eine Lagerung eine Besorgnis zur Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit nicht bestehen darf. Dabei bedeutet die Formulierung der ‚Besorgnis‘, dass jede noch so wenig nahe liegende Wahrscheinlichkeit der nachteiligen Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit vorzubeugen ist (s. Kommentierung von Sieder/Zeitler/Dahme/Knopp). Dem trägt die strenge Regelung in der Wasserschutzgebietsverordnung Rechnung.

Eine Mindestlagermenge zur Erreichung des Verbotstatbestands ist nicht angegeben; der Verbotstatbestand greift mithin auch bereits bei der vorgesehenen Lagermenge.

Der Antragsteller verweist darauf, dass die gültige VO bereits 20 Jahre alt ist und es heutzutage Sicherungsmöglichkeiten gibt, die vor 20 Jahren so noch nicht bekannt waren/angewendet wurden.

Es stellt sich die Frage, ob diese Meinung wirklich stimmig ist und entscheidungsrelevant durchgreift.

Der Antragsteller bietet eine entsprechende Sicherung des Lagers im Sinne des § 49 Abs. 3 AwSV an. Dabei stellt sich die Frage, ob die hier in Frage kommenden Maßnahmen (z.B. Auffangwannen bzw. entsprechende Ausbildung des Baukörpers mit Rückhaltvolumen und Bodenbeständigkeit gegen Chemikalien) nicht bereits vor 20 Jahren hätten eingesetzt werden können. Aus eigener Kenntnis ist feststellbar, dass solche Anlagen auch früher schon bekannt waren und eingesetzt wurden und hier keine wesentliche innovative Fortentwicklung in den letzten 20 Jahren zu beobachten war.

Auch hat der Ordnungsgeber diese Rückhalte-/Sicherungsmöglichkeiten nicht grundsätzlich ‚entlastend‘ in dem Verordnungstext unter III 1a. als Ausnahme eingebracht.

So wurden z.B. bereits im Verordnungstext der Anlage 1 als berücksichtigungsfähig angesehen:

- die Beseitigung von Abwasser über dichte Rohrleitungen in der strengeren Schutzzone II (s. II 6a der Anlage zur WasserschutzgebietsVO), wo das Errichten baulicher Anlagen nach näherer Prüfung dann statthaft ist, wenn die zugehörigen Abwasserleitungen doppelwandig oder mit vergleichbarer Sicherheit ausgestattet sind oder auch
- die Errichtung von Abwasseranlagen (s. II 4. a.a.O.), wo in der Schutzzone III eine Genehmigungsmöglichkeit dann gesehen wird, wenn Abwasserleitungen innerhalb von Wohn- und Betriebsgrundstücken mit ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen den Austritt von Abwasser in den Untergrund versehen werden.

Gleichartige Ausnahmemöglichkeiten wurden bei LAU-Anlagen nicht vorgesehen.

Berücksichtigt werden kann seitens der UWB als Entscheidungsträger auch, dass aufgrund der geologischen Situation im fraglichen Gebiet die Boden-

schichten aus hoch anstehenden Kiesen und Sanden bestehen, die eine sehr gute Durchlässigkeit aufweisen und bei denen ein nachträgliches schützendes Handeln bei einem eingetretenen Schadensfall nur bedingt Erfolg versprechend ist. Dies trifft insbesondere auch bei der potentiellen Gefahr in einem Brandfall zu.

Auch der von der Fa. Edelman hergestellte Bezug zur neuen Regelung in der AwSV aus 2017 ist hier nicht befreiend heranzuziehen. Zwar ermöglicht § 49 Abs. 3 AwSV augenscheinlich die Errichtung und den Betrieb von Lageranlagen in der weiteren Wasserschutzzone, jedoch nimmt der Antragsteller für seine Argumentation wohlweislich nicht den gesamten Regelungsinhalt zur Kenntnis. Denn in Absatz 5 wird ausdrücklich gesagt, dass diese Norm nicht bei entgegenstehender Regelung in einer WasserschutzgebietsVO anwendbar ist.

Dass diese Einschränkung in Absatz 5 festgesetzt wird, ist auch nachvollziehbar, denn die AwSV gilt für die gesamte Bundesrepublik und berücksichtigt daher weder geologische Verhältnisse noch die Unterscheidung zwischen Wasserschutzgebieten für oberirdische Trinkwasserspeicher (z.B. Bodensee) bzw. Grundwasserschutzgebieten.

Die WSG-VO Hitdorf bezieht sich hingegen auf die örtlichen Gegebenheiten.

Es wird seitens der UWB daher weiter eine Gefährdung des Schutzzwecks durch die Errichtung einer LAU-Anlage mit 14-tägiger Lagerhaltung gesehen. Auch ist davon auszugehen, dass sich die angegebenen Lagermengen, die sich derzeit auf den Betrieb mit 2 Drucklinien beziehen, zukünftig noch durch Einsatz einer 3. bzw. 4 Drucklinie erhöhen werden.

Überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit erfordern auch nicht die Errichtung einer LAU-Anlage, denn die, gleichwohl sehr wünschenswerte, Schaffung neuer Arbeitsplätze (es wird von 150 Stellen gesprochen) muss sich mit dem Schutz der öffentlichen Trinkwasserversorgung einer Vielzahl von Menschen messen; die Schaffung neuer Arbeitsplätze überwiegt in diesem hier zu entscheidenden Fall nicht den sicherzustellenden Trinkwasserschutz der Bevölkerung. Das geschützte Trinkwasser wird sowohl in den angeschlossenen Betrieben des Chemparks als Trinkwasser genutzt und steht auch der Leverkusener Bevölkerung besonders in Zeiten von Wasserengpässen im Rahmen der Absprachen mit dem Leverkusener Wasserversorger EVL zur Verfügung.

Grundsätzlich wird seitens der UWB festgestellt, dass unter Beachtung der geologischen Situation der Schutzzweck der Verordnung, besonders im Brandfall, durch die Errichtung einer LAU-Anlage als gefährdet angesehen wird.

Die 2. gesetzliche Entscheidungsvariante (Eine Befreiung ist zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird) führt bei näherer Betrachtung nicht zu einer anderen Einschätzung.

Es wird seitens der Wasserbehörde nicht bestritten, dass das fragliche Gelände einer gewerblichen Bebauung zugeführt werden kann, die sich mit den Zielen und Vorgaben der Wasserschutzgebietsverordnung vereinbaren lässt.

Befreiung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 der WasserschutzgebietsVO:

Diese Befreiungsregelung tritt hinter die neue Regelung des § 52 Wasserhaushaltsgesetz zurück und wird daher hier nicht weiter geprüft.

Eine summarische Auseinandersetzung mit den Ausführungen des Rechtsvertreters der Fa. Edelman kommt im Übrigen zu dem Ergebnis, dass die vorgebrachten Darlegungen nicht stichhaltig sind, insbesondere auch nicht zur Thematik einer nicht beabsichtigten Härte. Denn, wie schon ausgeführt, gab es die Möglichkeiten der Errichtung von Auffangwannen/-räumen und dergleichen bereits vor 20 Jahren. Dies wurde bereits bei der Abfassung der SchutzgebietsVO berücksichtigt.

Die übrigen Ausführungen der Fa. Edelman gleichen den Ausführungen zu § 52 WHG und wurden bereits dort gewertet.

Alternativvorschlag B:

Dieser Vorschlag, der von einer Lagerhaltung außerhalb der Wasserschutzzone III ausgeht und die tages- bzw. chargenweise Anlieferung der wassergefährdenden Stoffe vorsieht, kann seitens der Wasserbehörde positiv bewertet werden und sollte weiter verfolgt werden.

Fazit:

Mit aller gebotenen Vorsicht unter dem Vorbehalt der Vorlage eines Genehmigungsantrags mit aussagefähigen Unterlagen nach dem heutigen Technikstandard erscheint die Errichtung und der Betrieb der Druckerei grundsätzlich genehmigungsfähig.

Der Betrieb einer LAU-Anlage sollte außerhalb der Wasserschutzzone III erfolgen mit täglicher bzw. chargenweiser Zulieferung.

Eine solche Vorgehensweise ist auch bei Berücksichtigung allgemeiner Versagenspotentiale bei der Anlieferung der dann wesentlich geringeren Mengen an wassergefährdenden Stoffen akzeptabel und erhöht das Risikopotential nicht in einer ausschlaggebenden Weise, die für eine dauerhafte Errichtung einer LAU-Anlage im Schutzgebiet sprechen würde.

Zum Anderen ist auch zu berücksichtigen, dass die Erteilung einer Befreiung immer Begehrlichkeiten weiterer ansässiger oder zukünftiger Betriebe hinsichtlich der Errichtung und Nutzung von LAU-Anlagen weckt, sodass sich damit eine unerwünschte Erweiterung von LAU-Anlagen in der Wasserschutzzone III fast schon vorhersagen lässt.

28.03.2018

323-wf